



## Taiwan muss sich neu erfinden

22.02.2016

Autor: Dr. Detlef Rehn, freier Wirtschaftsjournalist


In Taiwan stehen die Zeichen auf Veränderung. Tsai Ing-wen, der Kandidatin der oppositionellen Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), gelang bei den Präsidentschaftswahlen am 16. Januar 2016 ein überwältigender Sieg. Auch im Legislativ-Yuan, dem taiwanischen Parlament, löste die DPP die Kuomintang-Partei (KMT) als stärkste Kraft ab. Die Erwartungen an die DPP sind groß, dass sie Taiwans zuletzt stark schwächelnde Wirtschaft wieder in Schwung bringen kann. Allerdings sind schnelle Erfolge trotz des Führungswechsels und der klaren parlamentarischen Mehrheit nicht zu erwarten. Entscheidend hierbei ist vor allem, wie es mit den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China weitergeht.

### Wirtschaft stagnierte 2015

Taiwans Wirtschaft hat ein schwieriges Jahr 2015 hinter sich. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch in den ersten drei Monaten real um rund vier Prozent zulegen, gingen die Zuwächse danach drastisch zurück. Im dritten und vierten Quartal verzeichnete das Land sogar negative Wachstumsraten von 0,8 und 0,5 Prozent. Taiwan befindet sich damit technisch in einer Rezession.

Nach Schätzungen des Directorate General of Budget, Accounting and Statistics (DGBAS) erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr 2015 preisbereinigt um 0,75 Prozent. Damit stieg das BIP während der Amtszeit des KMT-Präsidenten Ma Ying-jeou von 2008 bis 2015 lediglich um durchschnittlich 2,8 Prozent p.a. Noch in den Jahren zuvor hatte Taiwan fast durchweg Wachstumsraten von fünf bis sechs Prozent verzeichnen können (DGBAS, "GDP: Preliminary Estimation for 2015Q4 AND Outlook for 2016 ", Pressemeldung, 17. Februar 2016, engl., chin.). Zuwächse in dieser Höhe hatte sich auch Ma für seine Regierungszeit vorgenommen.

Erklärt werden kann die Abschwächung vor allem damit, dass Taiwan nach dem Eintritt in die Welthandelsorganisation WTO zum 1. Januar 2002 immer mehr auf den Export als Wachstumstreiber zu Lasten des privaten Verbrauchs und der Ausrüstungsinvestitionen gesetzt hat und das Land dadurch vom Wohl und Wehe der globalen Konjunktur sehr abhängig wurde (US-China Economic and Security Review Commission, Taiwan's Economy amid Political Transition, 6. Januar 2016, S. 9). Erreichte die Ausführquote 2001 lediglich knapp 49 Prozent, kletterte sie in den Jahren danach zeitweilig auf fast 73 Prozent (Statistical Bureau, National Statistics Republic of China (Taiwan): National Accounts, <http://eng.stat.gov.tw>). Folge war, dass Taiwan besonders bis zum Ausbruch der internationalen Finanzkrise 2008 und von der nachfolgenden Erholung sehr stark von der Dynamik des Welthandels profitierte. Danach aber flaute die Konjunktur in wichtigen Exportzielländern sukzessive ab. Dies schlug sich sowohl in einer fallenden Exportquote (2014: 64,5 Prozent) als auch in deutlich geringeren Wachstumsraten der eigenen Wirtschaft nieder. Im Verlaufe von 2015 hat sich dieser Abwärtstrend angesichts der weltweit großen konjunkturellen Probleme noch mehr zugespitzt.



Besonders stark leidet Taiwan dabei unter der wirtschaftlichen Abkühlung in China. Das Reich der Mitte ist seit 2005 der wichtigste Handelspartner des Landes. Seither sind die wirtschaftlichen Beziehungen immer enger geworden. 2014 belief sich der bilaterale Warenaustausch unter Einschluss von Hongkong auf 174,3 Milliarden US-Dollar. Dies waren knapp 30 Prozent des gesamten taiwanischen Außenhandels (Bureau of Foreign Trade, Trade Statistics, <http://cus93.trade.gov.tw/english/fsce/>). Bei den Exporten allein erreichte der Anteil Chinas und Hongkongs sogar rund 40 Prozent.

Konnte Taiwan über viele Jahre am Aufstieg Chinas zur zweitgrößten globalen Wirtschaftsmacht und zur "Werkbank der Welt" buchstäblich gut "verdienen", zeigt sich die Kehrseite der Abhängigkeit seit 2015 deutlich. Denn im Reich der Mitte sind die hohen jährlichen Wachstumsraten von teilweise zehn Prozent und mehr und damit die unbegrenzt scheinende Aufnahme von Erzeugnissen aller Art endgültig vorbei. Die Entwicklung der taiwanischen Exporte nach China und Hongkong spiegelt dies wider. Nach Angaben des Finanzministeriums in Taipei gingen sie 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 12,4 Prozent auf 112,6 Milliarden US-Dollar zurück. Dies war der größte Einbruch seit 2009. Die weltweiten taiwanischen Ausfuhren fielen "nur" um 10,8 Prozent (Ministry of Finance, 105 nian haiguan jin chukou maoyi chubu tongji" (Vorläufige Statistik zum Zollimport und -export, Januar 2016), Pressemeldung 16. Februar 2016).

### **Unsichere Aussichten 2016**


Dass es 2016 für Taiwans Exportwirtschaft gerade angesichts der ungewissen chinesischen Konjunkturentwicklung zu einer überzeugenden Trendwende kommt, ist

nicht zu erwarten. Dem Wirtschaftsministerium (MOEA) zufolge lagen 2015 die Ausfuhrbestellungen auf US-Dollar-Basis 2015 gegenüber dem Vorjahr um 4,4 Prozent niedriger. Dabei fiel der Ordereingang aus China und Hongkong um 8,9 Prozent, der aus Japan sogar um 22,9 Prozent. Lediglich die USA (+6,3 Prozent) sind ein Lichtblick (MOEA, 104 nian 12 yue waixiao dingdan tongji (Statistik zu den Ausfuhrbestellungen Dezember 2015), Pressemeldung 20. Januar 2016).

Vor diesem Hintergrund dürfte auch 2016 für Taiwans Wirtschaft insgesamt nicht einfach werden. War das DGBAS im November 2015 noch recht hoffnungsvoll, dass das BIP im neuen Jahr 2,3 Prozent zulegen könne (DGBAS, Guomin suode tongji ji guonei jingji qingshi zhanwang (Ausblick zu den Volkseinkommensstatistiken und zur inländischen Wirtschaftslage), Pressemeldung 27. November 2015), prognostiziert die Behörde jetzt nur noch ein Realwachstum von 1,47 Prozent (DGBAS, "GDP: Preliminary Estimation", a.a.O.). Bei den Exporten rechnet sie nur mit einer begrenzten Erholung. Im Hinblick auf die Inlandsnachfrage erwartet das DGBAS die meisten Impulse von den staatlichen Investitionen.

### **Auf der Suche nach einem neuen Wachstumsmodell**

Sollte es so kommen, würde die neue Präsidentin Tsai Ing-wen, die im Mai 2016 ihr Amt antritt, von Anfang an unter beträchtlichem Druck stehen, war doch die Unzufriedenheit vieler Taiwaner mit der Wirtschaftspolitik von Ma Ying-jeou ein Hauptgrund für den großen Wahlerfolg der DPP und ihrer Kandidatin. Doch sie wird sich nicht allein um die Lösung der unmittelbar drängenden Probleme kümmern müssen. Denn ähnlich zu anderen Staaten der Region sieht sich auch Taiwan großen strukturellen Schwierigkeiten gegenüber. So altert



vor allem die Bevölkerung sehr rasch: 2025 wird voraussichtlich ein Fünftel, das wären gegenwärtig rund 4,7 Millionen Menschen, mehr als 65 Jahre alt sein; damit würde das Land das Kriterium einer überalterten Gesellschaft ("superaged society") erfüllen ("MOHW tackles Taiwan's aging society challenges", Taiwan Today 26. Juni 2015, [www.taiwantoday.tw](http://www.taiwantoday.tw)). Eine solche Entwicklung aber wird die Sozialsysteme unter großen Druck stellen. Außerdem stellt sich auch die Frage, wie es Taiwan in Zukunft mit der Zuwanderung hält, um die Folgen der Alterung der Gesellschaft auszugleichen (Tsai Hung-jheng, "Demographic Transition and Building Civic Nationalism in Taiwan", Taiwan Braintrust Newsletter, Nr. 41, Dezember 2015, S. 6-7, [www.braintrust.tw](http://www.braintrust.tw)).

Darüber hinaus ist das Land an einem Punkt angelangt, wo das bisherige Entwicklungsmodell grundsätzlich überprüft werden muss. Bislang basierte Taiwans Wettbewerbsfähigkeit in erster Linie darauf, im Auftrag zu produzieren (z.B. Halbleiter, Tablets) oder als Teil der regionalen Lieferketten Vor- und Zwischenprodukte bereitzustellen und über Exporte, vor allem nach China Wachstum zu generieren. Dabei wurde die (Produktions-) Effizienz immer mehr verbessert.

Doch dieses Modell ist in Gefahr: Innovationen entstehen zumeist außerhalb Taiwans, und zudem wird die starke fertigungstechnische Grundlage des Landes zunehmend bedroht. Dabei sorgen vor allem die Bemühungen chinesischer High-Tech-Unternehmen, die gesamte Wertschöpfungskette für ihre Erzeugnisse abzudecken und sich damit von den taiwanischen Vor- und Zwischenprodukten unabhängiger zu machen, für Druck (US-China Economic and Security Review Commission, a.a.O., S. 7). Verschärft wird dies noch dadurch, dass auch China dabei ist, sein Entwicklungsmodell umzustellen. Mehr Innovation für Güter


"Made in China" ist dabei eine zentrale Forderung (D. Rehn, "Chinas Wirtschaft am Scheideweg", EU-Asia Economic Governance Forum, Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Tokyo, 8. Dezember 2015).

Das Reich der Mitte sieht gerade die Halbleiterindustrie, in der Taiwan weltweit eine Spitzenposition einnimmt, als Branche von strategischer Bedeutung an und will sie in den kommenden Jahren mit massiver staatlicher Hilfe ausbauen (US-China Economic and Security Review Commission, a.a.O., S. 23f.). Sollte diese Importsubstitution gelingen, würde Taiwan an einer sehr empfindlichen Stelle getroffen, ist doch mehr als die Hälfte der gesamten Ausfuhren elektronischer Komponenten und Teile für China und Hongkong bestimmt (Ministry of Finance, 105 nian haiguan jin chukou maoyi chubu tongji", a.a.O.).

### **Taiwan will "innovativer werden"**

Vor dem Hintergrund all dieser Probleme müsse daher auch Taiwan sein Entwicklungsmodell auf eine Innovationsstrategie umstellen, erklärte Tsai Ing-wen in einer Rede vor dem Washingtoner Center for Strategic and International Studies (CSIS) im Juni 2015 bei der Präsentation ihrer wirtschaftspolitischen Ideen. Dies, so die Hoffnung, erlaube Taiwan auch, die Abhängigkeit von nur einem Markt (= China) zu verringern und seine wirtschaftliche Autonomie zu sichern. Gelingen es, auf diese Weise zu mehr Wachstum zu kommen, könne das Land auch mehr in die soziale Infrastruktur, so z.B. in den Wohnungsbau und in die Altenpflege, investieren und so drängende gesellschaftliche Probleme in Angriff nehmen (Tsai Ing-wen, "Taiwan Faces the Future", Video 3. Juni 2015, engl. Redemanuskript: "Taiwan Meeting the Challenges Crafting a Model of New Asian Value, 4. Juni 2015, <http://csis.org>).





Diese Einsicht, dass Taiwan mehr Innovation braucht, ist eigentlich nicht ganz neu. Schon unter Ma Ying-jeou wurden Schritte in diese Richtung eingeleitet: So legte z.B. das Wissenschaftsministerium zusammen mit dem halbstaatlichen Industrial Technology Research Institute (ITRI) im Februar 2014 ein Projekt auf, kleine und mittelgroße Unternehmen u.a. bei Systemdesign, Prototypenentwicklung und Produkttests zu unterstützen (J. Maurer, "Taiwan sucht neue Wege der Industrieentwicklung", Germany Trade and Invest 14. März 2014).

Tsai Ing-wen wird diese und andere Ansätze vermutlich intensivieren. Wegen der großen Rolle, die die Informations- und Kommunikationstechnik in Taiwans Wirtschaft spielt, wird dieser Bereich einer der wichtigsten Schwerpunkte sein. In diesem Rahmen will die neue Präsidentin besonderes Augenmerk dem Cloud Computing, Big Data sowie den neuen Entwicklungen in der Industrie 4.0 schenken und sich hierbei ausdrücklich um eine enge Kooperation mit den USA bemühen (Tsai Ing-wen, "Taiwan Faces the Future", a.a.O.).

Die Umsteuerung dürfte allerdings nicht einfach werden. Zwar hat sich Taiwan über viele Jahrzehnte als eine der weltweit wichtigsten Adressen für die industrielle Fertigung und als High-Tech-Macht behaupten können. Doch ändern sich die Zeiten: In Zukunft werden vor allem Ideen, Software, das Angebot von anwendungsspezifischen Lösungen, Design oder Marketing noch viel mehr als jetzt schon gefragt sein. Dass Taiwan hier in ausreichendem Maße mithalten können, stellen allerdings manche angesichts der immer noch sehr konservativen Geschäftskultur in Frage (P. Mozur, "In Taiwan, Survivor Mentality Stymies Tech Innovation", International New York Times, [www.nytimes.com/2016/01/16](http://www.nytimes.com/2016/01/16)).

Auch wenn die Regierung schon seit einigen Jahren Start-ups fördert (J. Maurer, "Taiwan sucht junge Unternehmensgründer", Germany Trade and Invest, 23. Dezember 2014) und das Ministerium für Wissenschaft und Technik im Juni 2015 im kalifornischen Silicon Valley mit öffentlichen Mitteln ein Innovationszentrum errichtet hat, ist Taiwans Gründerszene bisher noch nicht sehr groß. Statt dessen ist festzustellen, dass der "Brain Drain" von der Insel zunimmt. Gerade junge Leute aus kreativen Industrien wie Animation oder aus Bereichen wie dem Chipdesign suchen ihre Möglichkeiten an anderen Orten, da sie im eigenen Land nicht adäquat arbeiten können. Besonders China wirbt in diesen Zweigen offenbar viele Experten von der Insel ab (A. Ramzy, "Taiwan's brain-drain prompts worries", International New York Times, 16. Januar 2016, S. 1).

### **Beziehungen zu China entscheidend**

Tsai Ing-wen und ihre neue Regierung werden gefordert sein, mit überzeugenden Maßnahmen Talente im Land zu halten oder zurückzuholen. Aber auch die Lösung vieler anderer wirtschaftspolitischer Fragen, so vor allem der angestrebte Abschluss neuer Freihandelsabkommen, hängt trotz des Wunsches nach mehr Diversifizierung entscheidend davon ab, wie sich die Beziehungen mit China entwickeln.

Der scheidende Präsident Ma Ying-jeou hat während seiner Amtszeit die wirtschaftlichen Verflechtungen mit China in bislang unbekanntem Maße vorangetrieben. 2010 vereinbarten beide Seiten ein Freihandelsabkommen, das sogenannte Cross-Strait Economic Cooperative Framework Agreement (ECFA). Es verlieh dem bilateralen Warenaustausch zumindest in den ersten Jahren sehr viel Schwung. Weitere geplante Abkommen u.a. zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors (Cross-Strait Service



Trade Agreement, CSSTA) unter dem Schirm des ECFA stießen in Taiwan allerdings auf viel Widerstand und mussten auf Eis gelegt werden (US-China Economic and Security Review Commission, a.a.O., S. 6).

Für die KMT war die Liberalisierung des Handels im Rahmen des ECFA ein Mittel, Chinas Zustimmung zum Abschluss weiterer Freihandelsabkommen zu erlangen. Das Interesse der Partei richtet sich vor allem auf die "Regional Comprehensive Economic Partnership", ein geplantes Abkommen zwischen den ASEAN-Staaten und den Ländern, mit denen der südostasiatische Block bereits Freihandelsabkommen unterhält, so u.a. mit China. Im Gegensatz dazu plädiert Tsai Ing-wen besonders für eine möglichst rasche Mitwirkung Taiwans an der Transpazifischen Partnerschaft (TPP), auf die sich u.a. die USA und Japan bereits verständigt haben (Tsai Ing-wen, "Taiwan Faces the Future", a.a.O.). Die neue Präsidentin verweigert sich allerdings auch nicht einer möglichen Mitwirkung ihres Landes am RCEP, wie sie in einer Wahlkampf-Fernsehdebatte erklärte (B. Hioe, "The TPP, RCEP, and the question of free trade agreements for Taiwan under a Tsai presidency", Blog, <https://newbloommag.net/2016/01/13>).

Ob RCEP oder TPP: Sollten sich die Beziehungen zwischen Taipei und Beijing nach dem Amtsantritt von Tsai Ing-wen verschlechtern, wird Taiwan bei seinen Freihandelsinitiativen kaum Erfolg haben. Kurzfristig dürfte es in dieser Frage ohnehin nur wenig Bewegung geben, zumal China im Hinblick auf das RCEP bereits angekündigt hat, Taiwan müsse die anderen ECFA-Abkommen billigen, um überhaupt als Partner in Frage zu kommen (US-China Economic and Security Review Commission, a.a.O., S. 29). Dies aber ist von Tsai Ing-wen derzeit nicht zu erwarten. So will sie z.B. die Nachfolgevereinbarungen zum

ECFA neu verhandeln. Darüber hinaus sollten weitere Kontakte und Vereinbarungen in einem neuen "Dachgesetz" geregelt werden (sog. Cross-Strait Agreement Oversight Bill). China wiederum dürfte sehr ablehnend hierauf reagieren.

Vor diesem Hintergrund werden beide Seiten wahrscheinlich erst einmal die gegenseitigen Positionen und Interessen ausloten. Dass es zu Kontakten kommt, ist zu hoffen. Die Hürden sind jedoch hoch. Denn Beijing sieht in der DPP eine Partei, die potentiell die Unabhängigkeit der Insel anstrebt, und macht entsprechend die Zustimmung zum "Konsensus von 1992" zur Voraussetzung von Gesprächen. Danach sind sich beide Seiten einig, dass sie Teil eines einzigen Chinas sind. Diese Position aber wird von Tsai Ing-wen nicht akzeptiert. Bleiben Taipei und Beijing bei ihrer harten Haltung, sind jedoch Fortschritte in den bilateralen Beziehungen nur schwer vorstellbar. Der Grat, auf dem die beiden Parteien wandeln, ist sehr schmal.

**(Über den Autor:** Dr. phil. Detlef Rehn lebt und arbeitet als freier Wirtschaftsjournalist in Japan. Nach seinem Studium in Bonn und Peking und einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bonner Ostasien Instituts arbeitete der Diplom-Volkswirt von 1990 bis zum Eintritt in den Ruhestand im Mai 2014 für die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), die spätere Gesellschaft Germany Trade and Invest (GTai), als Korrespondent in Taipei, Seoul und Tokio.



Social and Economic Governance Programme Asia /  
Japan Office

OAG-Haus 4F  
7-5-56 Akasaka, Minato-ku  
Tokyo, 107 0052 Japan  
Tel. +81 3 6426 5041  
Fax. +81 3 6426 5047  
KAS-Tokyo@kas.de  
[www.kas.de/japan/en](http://www.kas.de/japan/en)  
[www.facebook.com/KAS.Japan](https://www.facebook.com/KAS.Japan)